

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
02.07.2008**

Es gibt kein sicheres Endlager

"Asse-Spezial": Wie kann Widerstand nur so hartnäckig und erfolgreich sein? Ein SPUNK-Artikel über 30 Jahre Anti-Atom-Proteste in Gorleben vom 28.02.2007

Im Herbst geht es wieder ins Wendland!

Wenn vor Tausenden von Jahren die Neandertaler Atommüll statt Knochen verbuddelt hätten, müssten wir uns heute noch um deren Abfälle kümmern. Heute machen sich Fachleute Gedanken, wie in 100.000 Jahren unsere Nachkommen vor den tödlichen Atommülllagern unserer Zeit gewarnt werden können. Welche Sprache werden sie sprechen, welche Warnhinweise verstehen? Sind wir jetzt die Neandertaler? Dieser Vergleich mit den enormen Zeithorizonten - die Halbwertszeit von radioaktivem Jod 129, das in Tschernobyl freigesetzt wurde, beträgt beispielsweise 15.700.000 Jahre - zeigt die historisch einzigartige Belastung nachfolgender Generationen mit tödlichem Müll. Atomkraft ist nicht nachhaltig und belastet unsere Zukunft und Gegenwart mehr als jede andere Form der Energiegewinnung. Auch deshalb begannen vor mehr als 30 Jahren die Proteste gegen die Atomenergie.

Die GRÜNE JUGEND ist seit ihrer Gründung beim Widerstand gegen die Atomkraft dabei und organisiert seit Jahren erfreulich wachsende Anti-Atom-Camps im Wendland. Die TeilnehmerInnenzahlen steigen ständig. Auch 2006 waren etliche grüne Jugendliche massiv vor Ort und beteiligten sich an einer 15stündigen Sitzblockade auf der Castor-Strecke in klirrender Kälte.

Worum geht es?

Gorleben wurde vor genau 30 Jahren im Februar 1977 von der damaligen CDU-Landesregierung zum potentiellen Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle bestimmt. Sicherheit spielte bei der Auswahl keine Rolle. Im Gegenteil, man ging von einer hohen Gefährdung der Bevölkerung aus: Die Argumente für Gorleben waren die dünne Besiedelung und die geographische Einbuchtung in die DDR. Bei einem schweren Strahlenunfall wäre die tödlichen Strahlen überwiegend beim Nachbarn gelandet.

Auch sonst ist Gorleben keineswegs ein sicherer Standort, wie die Industrie und Union immer wieder behaupten. Im Salzstock, dem geplanten Lagerort, tropft und leckt es. Mehrere Adern und Wasserströme wandern. Der Hauptgrund gegen Gorleben ist aber die fehlende Deckbarriere. Ein Mehrbarrierensystem wird in der Wissenschaft als unabdingbar für ein Langzeit-Endlager eingefordert. Gorleben hat aber nur eine Barriere, das poröse Salz und es ist unklar, wie lange es hält. Was alles schief gehen kann, zeigen die beiden einzigen bisher benutzten Endlagerstandorte für Atommüll in Deutschland: Morsleben und Asse. Während das DDR-Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt (ebenfalls dicht an der Grenze) so gut wie keinerlei Sicherheitsstandards einhält, soff das westdeutsche "Versuchs"endlager Asse bei Braunschweig, gefüllt mit radioaktiven Abfällen 2006 einfach mal ab. Die überregionale Presse berichtete nur kurz, denn der Versuch war ein Super-Gau für alle Träume von der Machbarkeit sicherer Endlager. Es wird daher Zeit für zweierlei. Erstens muss die Produktion von weiterem Atommüll umgehend beendet werden und zweitens muss für den vorhandenen und dann begrenzten Müll eine neue Endlagersuche nach sachlichen Kriterien erfolgen. Rot-Grün hatte daher im von Atomkraftgegnern und Befürwortern gemeinsam besetzten Arbeitskreis Endlagersuche (www.akend.de) Kriterien entwickelt, die nicht nur Anforderungen an die Gesteinsart und Sicherheit eines potentiellen Endlagers enthalten, sondern auch sozialwissenschaftliche Kriterien wie einen demokratischen, transparenter und offenen Auswahlprozess

beinhalten. Voraussetzung dafür ist aber die Aufgabe von Gorleben und eine weiße Landkarte. Die Atomindustrie und mit ihr Union und FDP wollen jedoch keine ernsthafte Abwägung von Standorten. Sie setzen daher durch millionenschwere Polizeieinsätze auf Faktenschaffen statt auf Argumente. Sie haben 2,4 Milliarden Euro in Gorleben verbuddelt und fürchten eine neue Suche. Denn dafür müssten sie auch Teile ihrer bislang steuerfreien Entsorgungsrückstellungen von über 35 Milliarden Euro ausgeben. Daher fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die GRÜNE JUGEND einen öffentlich-rechtlichen Fonds, in den alle Atomkonzerne für die Entsorgung zahlen müssen und aus dem die Endlagersuche und der Abriss aller Atomkraftwerke finanziert und demokratisch organisiert wird. Noch in diesem Jahr wollen CDU und SPD ein Endlagergesetz vorlegen. Ob Gorleben dann zum Atomklo der Republik wird, hängt ganz entscheidend auch von unserem Widerstand ab. Die Proteste gegen die Atomkraft und ihre strahlenden Hinterlassenschaften sind daher heute so wichtig wie vor 30 Jahren. Wir wollen ja schließlich nicht, dass die heutigen "Neandertaler" in den Aufsichtsräten der Energiekonzerne über unsere Zukunft entscheiden!

Der Artikel erschien im SPUNK, Ausgabe 49.

Homepage der Grünen Jugend

Grüne Jugend zu Anti-Atom (http://www.gruene-jugend.de/themen/anti_atom/)